

## Argumentationskarte für Wahlkämpfer\*innen

### Thema: Wohnungspolitik

#### Was sagt DIE LINKE?

**1) Öffentliche Wohnungsbauoffensive:** Kommunen und Land sollen jährlich 100.000 Wohnungen mit unbefristeter Sozialbindung bauen. Neben den kommunalen Wohnungsbaununternehmen soll eine neue Landeswohnungsbaugesellschaft errichtet werden. In Köln soll der GAG-Wohnungsbestand bis 2030 von 42.500 auf 111.000 Wohnungen erhöht werden. Das sind ca. 5.000 zusätzliche Wohnungen pro Jahr in Köln.

**2) Öffentlicher Einfluss statt Privatisierung:** Keine öffentliche Wohnung und kein öffentliches Grundstück soll an Privatinvestoren veräußert werden. Private sollen mit Erbbau bauen, bei dem das Grundstück in öffentlichem Eigentum bleibt, oder in Gemeinnützigkeit. Kommunen sollen ihr Vorkaufsrecht bei Grundstücken nutzen. Es soll mehr öffentlichen Einfluss auf Mieten, Wohnungsbelegung und Bau geben.

**3) Mieter vor Verdrängung schützen:** Mit Milieuschutzsatzungen (Erhaltungssatzungen) sollen Mieter vor Verdrängung durch Luxussanierung und Umwandlung in Eigentumswohnungen geschützt werden. Mit Zweckentfremdungssatzungen soll die Umwandlung von Wohnungen in AirBnB, Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien verhindert werden.

#### Was sagen unsere Gegner?

**1) Privatinvestoren entlasten:** Man muss Privatinvestoren von Regulierungen und Steuern befreien, damit sie mehr bauen, so dass das Angebot steigt und die Mieten sinken.

*DIE LINKE entgegnet: Eine Ausdehnung des privaten Angebots reicht nicht. Das Angebot an öffentlich regulierten, bezahlbaren Wohnungen muss steigen. Öffentliche Regulierung setzt den sozialen Rahmen, stärkt Mieterrechte und verhindert Mietsteigerungen. Steuern finanzieren öffentliche Ziele. Steuersenkungen und Zuschüsse für „Private“ soll es nur gegen gemeinnützige Auflagen geben (Wohnungsgemeinnützigkeit).*

**2) Privatkapitalistisch ist immer gut:** Privatkapitalistische Unternehmen der Vermietung sind besser als öffentliche oder genossenschaftliche.

*DIE LINKE entgegnet: Öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen sind zwar keine Garantie für gute Wohnungspolitik. Aber weil sie nicht auf Gewinnmaximierung aus sind, können sie wenigstens bei Mieten, Belegung, Bau und Mieterrechten sozial agieren.*

**3) Vor allem Förderung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen:** Es ist heute am wichtigsten, Eigenheime und Eigentumswohnungen zu fördern.

*DIE LINKE entgegnet: Nicht jedes Eigenheim und jede Eigentumswohnung ist zu verteufeln. Aber angesichts knapper Flächen setzen wir den Schwerpunkt auf öffentlich und genossenschaftlich vermietete Mehrparteienhäuser. Die kritiklose Förderung von Eigentumswohnungen kann Mieter verdrängen. Um Verdrängung von Mietern zu verhindern, braucht man Milieuschutzsatzungen und Zweckentfremdungssatzungen.*

Mehr Infos gibt es in Abschnitt III/7 des Landtagswahlprogramms auf <http://wahl2017.dielinke-nrw.de/nc/programm/inhalt/>.